S 7 KN 123/99 U

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Sachsen

Sozialgericht Sächsisches Landessozialgericht

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 7 KN 123/99 U Datum 14.05.2001

2. Instanz

Aktenzeichen L 6 KN 44/01 Datum 18.10.2001

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung der KlĤgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Chemnitz vom 14.5.2001 wird zurĹ⁄₄ckgewiesen.
- II. Die Beteiligten haben einander auch f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r das Berufungsverfahren keine au \tilde{A} \Box ergerichtlichen Kosten zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist, ob die KlĤgerin wegen eines Arbeitsunfalles vom 8.9.1995 Anspruch auf Verletztenrente hat.

Die am $\hat{a}_{||}$ geborene Kl \tilde{A} |gerin arbeitete am 8.9.1995 als Forstarbeiterin bei der Fa $\hat{a}_{||}$ D $\hat{a}_{||}$; beim Rasenm \tilde{A} |gerin trat sie in eine Fahrrinne und rutschte aus. Der Durchgangsarztbericht beschrieb eine Sprunggelenkluxationsfraktur links mit Au $\tilde{A}_{||}$ enrotation des linken Unterschenkels, Schwellung und Verformung in H \tilde{A} |ghe des oberen Sprunggelenkes sowie Beinverk $\tilde{A}_{||}$ rzung. Es erfolgte eine Osteosynthese im Kreiskrankenhaus D $\hat{a}_{||}$; infolge der Adipositas gestaltete sich die postoperative Mobilisation schwierig, so dass die Kl \tilde{A} |gerin erst am 21.10.1995 in ambulante Weiterbehandlung entlassen wurde. Am 7.11.1995 konnte sie zur

Entfernung des Fixateurs erneut stationär aufgenommen werden. Mit Schreiben vom 13.11.1995 äuÃ∏erte Prof. Dr. R â∏¦ vom Kreiskrankenhaus D â∏¦ die Vermutung, dass mit einer MdE in rentenberechtigendem Grade zu rechnen sei. Diese Auffassung äuÃ∏erte er auch noch am 14.3.1996, als eine Beendigung der Arbeitsunfähigkeit (Anfang des II. Quar- tales 1996) abzusehen war. Mit Bescheid vom 7.2.1997 (B 162) bewilligte die Beklagte der Klägerin eine vorläufige Rente nach <u>§ 1585 Abs. 1 RVO</u> ab dem 8.6.1996 (Wegfall der Arbeitsunfähigkeit im Sinne der Krankenversicherung). Als Folge des Arbeitsunfalles wurden anerkannt:

â□□ Einschränkung der Auswärtsdrehung des linken FuÃ□es um 20°, â□□ leichte Einschränkung der Muskelfunktion des linken FuÃ□es, â□□ Schwellneigung im Bereich des linken oberen und unteren Sprunggelenkes im Vergleich zu rechts, â□□ 20 cm lange reizlose Narbe über dem distalen Wadenbein links, â□□ noch liegendes Osteosynthesematerial.

Zur Klarstellung führte die Beklagte aus, dass die Diagnosen "X-Beinstellung links mehr als rechts, Beckenschiefstand links, Beinverkürzung links, SenkfuÃ[beidseits, rezidivierende Ischialgie, Ã[bergewichtigkeit" nicht Folgen des Arbeitsunfalles seien.

Am 24.3.1997 schrieb die Beklagte die Klägerin an und teilte mit, dass beabsichtigt sei, ein neues Gutachten einzuholen zu der Frage, ob mittlerweile eine \tilde{A} nderung der Verh \tilde{A} ¤ltnisse eingetreten sei. Sie bot der Kl \tilde{A} ¤gerin die Gutachter Prof. Dr. R \hat{a} , D \hat{a} , Dr. G \hat{a} , L \hat{a} , und Dr. B \hat{a} , H \hat{a} , an. Die Kl \tilde{A} ¤gerin entschied sich f \tilde{A} 4r eine Untersuchung durch Prof. Dr. R \hat{a} , aus D \hat{a} Im 2. Rentengutachten kam Prof. Dr. R \hat{a} , zu der Auffassung, dass die MdE jetzt nur noch 10 v. H. betrage. Die Beweglichkeit der Sprunggelenke sei nur noch m \tilde{A} ¤ \tilde{A} ig eingeschr \tilde{A} ¤nkt, die Fraktur sei in weitgehend anatomischer Stellung ausgeheilt. Das Gangbild sei mittlerweile besser. Dieser Einsch \tilde{A} ¤tzung schloss sich auch der beratende Arzt der Kl \tilde{A} ¤gerin, Dr. E \hat{a} , an.

Nach AnhA¶rung entzog die Beklagte mit Bescheid vom 8.9.1997 die vorlA¤ufige Rente und lehnte gleichzeitig die Zahlung einer Dauerrente ab. Nunmehr bestehe nach in achsengerechter Stellung knå¶chern konsolidierter Sprunggelenkstrå¼mmerfraktur links nur noch eine geringe Einschrå¤nkung der Auswärtsdrehbarkeit des linken FuÃ∏es sowie eine geringe Schwellungsneigung und eine 12 cm lange, reizlose Narbe. Die ErwerbsfĤhigkeit sei daher durch die Folgen des Arbeitsunfalles nicht mehr in rentenberechtigendem Grade gemindert. Auf den Widerspruch der Klägerin wurde â∏ wiederum nach Absprache mit ihr â∏∏ Prof. Dr. O â∏¦ aus H â∏¦ mit der Erstellung eines weiteren Gutachtens beauftragt. In seinem Gutachten vom 16.1.1998 vertrat Prof. O â∏ die Auffassung, aufgrund der nachweisbaren BewegungseinschrÄxnkungen, der beginnenden posttraumatischen Arthrose und der doch erheblich erscheinenden subjektiven Beschwerden sei eine Minderung der ErwerbsfĤhigkeit von 20 % gerechtfertigt. Nachdem der beratende Arzt der Beklagten, Dr. G â∏¦, Zweifel daran geäuÃ∏ert hatte, dass eine starke EinschrĤnkung der FuÄ∏hebung links bei vĶllig freier Beweglichkeit des linken unteren Sprunggelenkes vorliege, bestÄxtigte Prof. Dr. O â∏¦ auf Nachfrage noch einmal ausdrücklich diesen Befund. Daraufhin beauftragte die Beklagte Frau Prof. A â∏;-J â∏;, L â∏;, mit der Erstellung eines weiteren Gutachtens. In diesem Gutachten vom 7.12.1998 werden die Unfallfolgen lediglich mit einer MdE von 10 % eingeschÄxtzt. Folgende GesundheitsstĶrungen seien auf den Unfall vom 8.9.1995 zurückzuführen: â∏ endgradige BewegungseinschrĤnkung im oberen Sprunggelenk links, â∏∏ BewegungseinschrĤnkung im unteren Sprunggelenk links, â∏ leichte Schwellneigung der Sprunggelenks- und unteren Unterschenkelregion links, â□□ nicht funktionsbehindernde Narbenbildung, â∏ 0,5 mm Unebenheit in der SchienenbeingelenksflÄxche bei seitengleich bestehenden, beginnenden arthrotischen VerĤnderungen im oberen Sprunggelenk links. Die MdE sei u. a. deswegen mit nur 10 v. H. zu bewerten, da eine seitengleiche Fu̸sohlenbeschwielung bestehe, die UmfangsmaÃ∏e am Oberschenkel und am Unterschenkel ebenfalls seitengleich seien und der seitengleiche Kalksalzgehalt der Knochen (RA¶ntgendokumentation) ebenfalls als Zeichen seitengleicher Benutzung gelten könne. Nicht als Unfallfolgen anzusehen seien die erhebliche Adipositas sowie deren Folgen, insbesondere die Senk-Spreiz-Knickfu̸bildung beidseits sowie die seitengleichen Verschlei̸erscheinungen im Bereich der FuÃ∏wurzel, der Sprunggelenke und der Kniegelenke. Die angegebenen sensiblen StĶrungen seien ebenfalls unfallunabhängig und durch die bekannte Bandscheibenerkrankung zu erklĤren. Mit Bescheid vom 22.2.1999 wies die Beklagte daraufhin den Widerspruch der Klägerin als unbegründet zurück.

Auf die dagegen erhobene Klage hat das Sozialgericht Chemnitz (SG) gemäää Ä 109 SGG Chefarzt Dr. M â∏, Waldkrankenhaus B â∏, D â∏, gutachterlich gehört. Dr. M â∏¦ schätzte die MdE ebenfalls mit 10 v. H. ein. Diese Einschätzung begrýnde sich in der nur geringgradigen Funktionseinschränkung des oberen und unteren Sprunggelenks sowie in den auf RA¶ntgenaufnahmen nachgewiesenen geringvermehrten VerschleiÄ\(\text{Perscheinungen des oberen Sprunggelenks links im Sinne einer beginnenden posttraumatischen Arthrose. Eine ha ¶hergradige EinschĤtzung kĶnne eindeutig nicht erfolgen, da insbesondere auch keine Muskelminderung im Bereich des linken Beines nachweisbar sei, die bei einer Mindernutzung zu erwarten gewesen wĤre. Die übrigen Gesundheitsstörungen stünden in keinem Zusammenhang mit dem Unfallereignis. Die im Bereich der Lendenwirbelsäule geäuÃ□erten Beschwerden seien auf klinisch und radiologisch nachweisbare beginnende Verschleià | verà × nderungen zurà ¼ ckzufà ¼ hren. Die im Bereich der Hüftgelenke genannten Beschwerden seien ebenfalls auf eine radiologisch nachweisbare Verschlei̸erkrankung zurückzuführen. Ein Unfallzusammenhang sei nicht gegeben. Die im Bereich der Kniegelenke geäuÃ∏erten Beschwerden seien ebenfalls auf eine beginnende Verschlei̸erkrankung zurückzuführen, wobei die Veränderungen nur als gering anzusehen und beidseits gleich anzutreffen seien. Ein Gro̸teil der geklagten Beschwerden im Fuà bereich sei auf den vorbestehenden Knick-, Senkund Spreizfu̸ im Sinne einer Ã∏berlastungsreaktion (Adipositas) zurückzuführen. Des Weiteren sei radiologisch ein unterer und hinterer Fersensporn nachweisbar, der sich klinisch auch in einer deutlichen Druckschmerzhaftigkeit im Bereich des Fersenbeines nachweisen lasse.

Das SG hat daraufhin mit Urteil vom 14.5.2001 die Klage abgewiesen: Ein der

völligen Versteifung des Sprunggelenks, der eine MdE von 20 % rechtfertige, vergleichbarer Zustand läge bei der Klägerin nicht vor. Nur aufgrund der subjektiven Beschwerden, die MdE auf 20 % zu erhöhen, wie es Prof. Dr. O â□¦ vorgeschlagen habe, sei unangemessen.

Gegen das der Kl \tilde{A} ¤gerin am 19.6.2001 mit Einschreiben \tilde{A} 4bersandte Urteil richtet sich die am 16.7.2001 beim S \tilde{A} ¤chsischen Landessozialgericht eingegangene Berufung.

Die Klägerin trägt vor, sie sei nicht mehr in der Lage, ohne Benutzung eines Stützstrumpfes leichte Tätigkeiten über einen längeren Zeitraum auszuführen. Sie fühle sich in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Es komme zu Schwellungen und zu Taubheitsgefühl. In den letzten 5 Jahren seien keine Besserungen eingetreten, im Gegenteil. Sie sei durch die Folgen des Arbeitsunfalles einer seelischen und körperlichen Belastung ausgesetzt.

Sie beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Chemnitz vom 14.5.2001 sowie den Bescheid der Beklagten vom 8.9.1997 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22.2.1999 aufzuheben und die Beklagte zu verpflichten, ihr aufgrund der Folgen des Arbeitsunfalles vom 8.9.1995 ab dem 1.10.1997 Dauerrente nach einer MdE von mindestens 20 v. H. zu bewilligen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung der KlĤgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Chemnitz vom 14.5.2001 zurļckzuweisen.

Sie hÃxIt die angefochtene Entscheidung fÃ1/4r zutreffend.

Dem Senat haben neben den Gerichtsakten beider Instanzen die Verwaltungsakten der Beklagten (3 BĤnde, Az.: 95.030 412/0) vorgelegen.

Entscheidungsgründe:

Die zulÄxssige Berufung ist nicht begrļndet.

Der Senat konnte die Berufung der Klägerin durch einstimmigen Beschluss der Berufsrichter zurýckweisen, da eine mýndliche Verhandlung nicht erforderlich erschien und die Beteiligten vorher gehört wurden ($\frac{A}{N}$ 153 Abs. 4 SGG). Auf die Grþnde der angefochtenen Entscheidung wird Bezug genommen, $\frac{A}{N}$ 153 Abs. 2 SGG.

Die Beklagte hat der Klägerin zu Recht die vorläufige Rente entzogen, da vor Ablauf der 2-Jahresfrist des § 1585 Abs. 2 RVO eine wesentliche Ã \Box nderung der Verhältnisse im Sinne des § 48 Abs. 1 SGB X eingetreten war, wobei hier im Rechtssinne von einer wesentlichen Ã \Box nderung zu Ungunsten der KlÃugerin die

Rede zu sein hat â∏∏ im medizinischen Sinne haben sich allerdings die VerhĤltnisse zu ihren Gunsten verĤndert. Die erhebliche und komplizierte mehrfache Fraktur mit Fehlstellung wurde durch eine subtile Osteosynthese und anschlieÃ⊓ende längerwährende Physiotherapie behandelt. Während der ersten postoperativen Monate war nicht abzusehen, ob ein ernsthafter Dauerschaden verbleibt, von der Art der Verletzung her war dies eher zu erwarten. Erst im Januar 1997 wurde das Osteosynthese-Material vollstĤndig entfernt. Bis zu diesem Zeitpunkt war ohnehin schon allein wegen der FremdkĶrper eine merkliche EinschrĤnkung des Gesundheitszustandes gegeben. Es zeigte sich dann aber im Folgenden, dass nahezu eine vollstĤndige Reposition geglļckt war, die von Prof. O â∏ diagnostizierte "beginnende posttraumatische Arthrose" hat sich nicht weiterentwickelt, vielmehr blieben die Arthrose-Zeichen minimal, auch Prof. M â∏! konnte im August 2000 nur dieselbe "beginnende posttraumatische Arthrose" feststellen, wie sie schon 1997 vorgelegen hatte. Diese â∏∏ minimale â∏∏ Arthrose betrifft lediglich das linke obere Sprunggelenk; das linke untere Sprunggelenk zeigt einen Normalbefund. Die Arthrose ist bei dem Sprunggelenk noch weniger ausgeprägt als bei den Knien. Im Gegensatz zu dem Befund bei der â∏∏ unfallunabhängigen Gonarthrose â∏ war nämlich zum Zeitpunkt der Untersuchung bei dem rechten oberen Sprunggelenk noch keine GelenkspaltverschmĤlerung auszumachen. Da sich die "nachvollziehbare" Erwartung von Prof. O â∏, die Arthrose des linken oberen Sprunggelenkes würde sich verschlimmern, nicht erfüllt hat, ist es also sowohl aktuell als auch für die streitbefangene Vergangenheit nicht gerechtfertigt, eine MdE in rentenberechtigendem Grade anzunehmen. Die Minderung der ErwerbsfĤhigkeit nach <u>§ 581 RVO</u> â∏ ausgedrückt in %-Sätzen â∏ bezeichnet den durch die körperlichen, seelischen und geistigen Folgen des Versicherungsfalles bedingten Verlust an ErwerbsmĶglichkeiten auf dem so genannten allgemeinen Arbeitsmarkt (vgl. BSGE I, 174, 178). ErwerbsfĤhigkeit im Sinne der gesetzlichen Unfallversicherung ist die FĤhigkeit, auf Erwerb gerichtete ArbeitstĤtigkeit auszuüben. Daraus ergibt sich, dass die Minderung oder der Ausfall von Fähigkeiten, also von Körper- oder GliedmaÃ∏enfunktionen, den MaÃ∏stab für die Bewertung bildet und nicht etwa anatomische Defekte oder Schäzden. Unfallbegutachtung ist immer Funktionsbegutachtung (vgl. Mehrhoff/Muhr, Unfallbegutachtung, 10. Aufl., S. 99). Die Erfahrungswerte (zitiert nach Mehrhoff/Muhr a. a. O., S. 154) sehen bei Verletzungen der Sprunggelenke folgende MdE-Werte vor:

Art der Verletzung MdE-Grad völlige Versteifung des oberen und unteren Sprunggelenks (in gÃ⅓nstiger Stellung) 20 völlige Versteifung des oberen Sprunggelenks ab 20° FuÃ∏hebung (HackenfuÃ∏) 40 im Winkel von 0 bis 20° FuÃ∏senkung 20 im Winkel von mehr als 20° (SpitzfuÃ∏) 30 Versteifung des unteren Sprunggelenks 15 Versteifung des unteren Sprunggelenks und des VorfuÃ∏es 25 Versteifung des vorderen unteren Sprunggelenks 10 Sprungbeinbruch mit Verformung desselben und Sekundärarthrose bis 30

Schon diese Vergleiche zeigen, dass die bei der Klägerin gegebene geringgradige Bewegungseinschränkung, selbst wenn man eine auÃ∏ergewöhnliche Schmerzempfindlichkeit berÃ⅓cksichtigt, eine rentenberechtigende MdE von 20 nie

erreichen kann.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

 $Gr\tilde{A}\frac{1}{4}$ nde $f\tilde{A}\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision nach $\frac{\hat{A}\S}{160}$ Abs. 2 SGG liegen nicht vor.

Erstellt am: 10.09.2003

Zuletzt verändert am: 23.12.2024